

- 2 **Fleischindustrie** Ein guter Anfang
- 3 **Arbeitswelt** KI braucht Mitsprache
- 4 **Löhne** Der Mindestlohn wirkt – ist aber zu niedrig
- 6 **Gender** Arbeitszeitpolitik auf dem Holzweg
- 7 **Nordrhein-Westfalen** Nur noch 51 Prozent mit Tarif

KONJUNKTUR

Aufwind durch staatliche Investitionen

Der finanzpolitische Kurs der kommenden Bundesregierung dürfte dazu beitragen, die Schwächephase der deutschen Wirtschaft zu überwinden.

Konjunkturrell herrscht hierzulande eine hartnäckige Flaute: Die Wirtschaftsleistung ist in den vergangenen beiden Jahren jeweils geschrumpft und war Ende 2024 nur 0,3 Prozent höher als vor der Corona-Pandemie. Doch laut der aktuellen IMK-Konjunkturprognose steht eine Trendwende bevor – dank der Einigung von Union und SPD unter anderem auf ein Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für die Infrastruktur. „Wenn die öffentlichen Investitionen wie anvisiert umgesetzt werden, könnten sie der deutschen Wirtschaft den seit Längerem erforderlichen Nachfrageschub zur Überwindung der Stagnation liefern“, erklären die Ökonominnen und Ökonomen. Sie gehen allerdings davon aus, dass die staatlichen Investitionen langsam anlaufen werden. In diesem Jahr sei mit zusätzlichen Ausgaben für Infrastruktur, Klimaschutz und Verteidigung in Höhe von 12 Milliarden Euro zu rechnen, 2026 mit 29 Milliarden. Neben dem direktem Nachfrageeffekt würden die Beseitigung politischer Unsicherheiten und die Verbesserung der wirtschaftlichen Aussichten positiv zu Buche schlagen.

Das Bruttoinlandsprodukt wird der Prognose zufolge 2025 um 0,1 Prozent abnehmen, im Folgejahr um 1,7 Prozent zulegen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird erst im Verlauf des zweiten Halbjahrs wieder zunehmen und 2025 durchschnittlich um 0,1 Prozent zurückgehen, 2026 dann um 0,2 Prozent steigen. Die Arbeitslosenquote erhöht sich in diesem Jahr auf 6,2 Prozent und verharrt 2026 auf diesem Niveau.

Auch wenn die Entscheidung für eine kreditfinanzierte Investitionsoffensive richtig sei – ein Selbstläufer werde sie nicht werden, betont IMK-Direktor Sebastian Dullien: „Es ist zentral, dass die Politik Vertrauen schafft und sicherstellt, dass das viele Geld effektiv in die wirklich vordringlichen Projekte investiert wird.“ Außerdem sei es gerade mit Blick auf den privaten Konsum wichtig, dass der positive Impuls nicht konterkariert wird. „Es muss darauf geachtet werden, dass bei den Vergaben gute Arbeit und beispielsweise auch Tarifbindung gefördert werden. Und wilde Kürzungsdebatten bei der sozialen Sicherung, wie wir sie im Wahlkampf gesehen haben, würden genau in die falsche Richtung führen.“ Eben-

Hoffnung auf Wachstum

So entwickeln sich laut IMK-Prognose 2025 und 2026 im Vergleich zum Vorjahr ...



Quelle: IMK 2025

Hans Böckler
Stiftung

falls sei problematisch, dass nach der Reform der Schuldenbremse Verteidigungsausgaben, die das Produktionspotenzial nicht erhöhen, zeitlich und in der Höhe unbegrenzt über Kredite finanziert werden dürfen, während für öffentliche Investitionen die Kreditaufnahme auf das Volumen des Sondervermögens begrenzt ist.

Als Hauptsrisiko für die Konjunktur macht das IMK eine Verschärfung des Handelskonflikts mit den USA aus. „Die radikale und unberechenbare Politik der Trump-Regierung könnte zudem die US-Wirtschaft, die zuvor auf einem kräftigen Wachstumspfad war, in die Rezession stürzen“, heißt es in der Analyse. <

Quelle: Sebastian Dullien u.a.: Mit staatlichen Investitionen aus der Stagnation – Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2025/2026, IMK-Report Nr.195, März 2025 [Link zur Studie](#)